

Spangenberg Zeitung

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Verkehrsamt Nr. 127



Druckerschrift: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Zeitung kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Die Millimeter-Anzeigen-Zeitung kostet bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Der Textteil beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für die Anzeigen-Zeitung gelten die Bedingungen der Nr. 25. Nov. 1905 gültigen Preisliste Nr. 3. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis 3 Uhr Nachmittags. D. A. VI 600

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Hauptgeschäftsführer und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 83

Donnerstag, den 15. Juli 1937

30. Jahrgang

München im Juli 1937

Zum „Tag der Deutschen Kunst“.

Im neuen Deutschland hat der Führer der Stadt München, der Hauptstadt der Bewegung, in der bildenden Kunst eine bedeutsame Stellung eingeräumt. Die Worte, die der Führer der Bewegung, Adolf Hitler, im Oktober 1933 sprach, sind bereits bewährte Worte geworden: „Ein Volk sind wir, ein Reich werden wir sein. Nicht im Hader oder kleinen eifersüchtigen Streit mit den anderen Völkern unseres großen Vaterlandes haben wir die Möglichkeit des gemeinsamen Lebens und seiner Hauptstadt zu sehen, sondern im Bewusstsein der unauflösbaren Verbundenheit mit dem ganzen deutschen Volk sowie in der Größe des Reiches, das dieser Stadt und diese Stadt hier leisten soll.“

Immer schon war es die schöne Aufgabe Münchens gewesen, als Stadt deutscher Kunst ein einigendes Band zwischen den deutschen Stämmen zu schlingen, die anders noch nicht vereint sein konnten. Von München aus ist mit dem Gemeinschaftsgefühl entwickelt worden, das nach dem Führer der Bewegung der Ursprung aller großen kulturellen Leistungen ist.

Die Eigenart, der Reiz und der Reichtum der deutschen Kunst liegen in ihrer Vielfalt. Jeder deutsche Gau hat die eigenen Eigenschaften, die unser Stolz und unser Glanz sind, besonders ausgeprägt. Wenn wir durch die deutschen Länder wandern, begegnen uns alleenthalben landschaftlich und künstlerisch gebundene Stile. Franken, Schwaben, das Rheinland, Westfalen, Niederdeutschland, die preussische und die schlesische Mark, Mitteldeutschland und Süddeutschland, all diese Gauen haben ihr eigenes Gesicht, ihre eigene lebendige, bodenständige Kraft, die sich in allen Lebensäußerungen, also auch im künstlerischen Schaffen, ausdrückt und ihnen die besondere Note gibt. Die Stämmeigenschaften, die sich so sichtbar in der Kunst aller deutschen Landschaften widerspiegeln, können niemals verwischt werden, ohne daß der Reichtum unserer Kultur dahinschwände. Und doch hat es zwischen den kulturellen Stämmen Raum von jeder Wirkungen und Wechselwirkungen gegeben, die je nach der Stärke und Anziehungskraft der einzelnen zentralen Kräfte lebendiger oder schwächer gewesen sind.

Einer der wenigen deutschen Fürsten, die vor über hundert Jahren schon großdeutsch denken konnten, Ludwig I. von Bayern, hat bewußt und in voller Erkenntnis der Folgen München die zentrale, sammelnde, verbindende und wiederausstrahlende Stellung in der deutschen Kunst geschaffen, die ihm heute wiederum das Recht gibt, die Stadt der Deutschen Kunst zu sein. „Ich will aus München eine Stadt machen, daß niemand Deutschland kennen soll, der München nicht kennt.“ Dieser Anspruch Ludwigs I. kam nicht aus magerlicher Liebhaberei, er war der Ausdruck eines bewußten kulturpolitischen und allgemeinpolitischen Willens.

München hat neuschaffend die gute Tradition im Wandel der Zeiten immer bewahrt. Ueber Zeiten des Verfalls hinweg ist das kulturelle Erbe der Väter erhalten geblieben und weitergegeben worden, auch dann noch, als der Markt ausschließlich von Sensations- und Exotikpropaganda beherrscht wurde. München ist heute nicht mehr die Residenz magerlicher Könige und auch nicht mehr die Börse spekulierender Händler, die Kunstwerke wie Affen feilen oder fallen ließen. Das Reich und sein Führer sind ihm Mäzene geworden. „Der autorisierte Wille ist zu allen Zeiten der größte Auftraggeber für die Kunst gewesen.“ Dieses Wort des Führers ist nun Wirklichkeit geworden. Der politisch-kämpferische Geist hat München zur Hauptstadt der Bewegung gemacht, der kulturelle Wille macht es zur Stadt der deutschen Kunst. Aus beidem erhält München sein neues Gepräge, wie es in der Umgestaltung des königlichen Platzes und im „Haus der Deutschen Kunst“ schon endgültige Formung gefunden hat. Wir sind heute um eine Kunst der Gemeinschaft bemüht, wie sie sich etwa in der gotischen Zeit in den Bauhöfen und ihren Werken ausdrückte. Im Mittelpunkt der Münchener Kunst steht nun mit der Einweihung des „Hauses der Deutschen Kunst“ auch die erste große Kunstausstellung in diesem Haus, das die Tradition des Münchener Glaspalastes — eine glanzvolle Tradition — glanzvoll und im neuen Geiste weiterführen soll. Wie die Pläne zum Hause der Kunst schon lange fertig waren, ehe der Nationalsozialismus nach an der Macht war, und dann nur ausgeführt zu werden brauchten, so war die Vorbereitung von der neuen deutschen Kunst bei den führenden Männern schon eher da als die Kunst selbst. Nun ist sie da! Die Ausstellung in München wird jedem, der es sehen will, zeigen, was der Nationalsozialismus von der deutschen Kunst verlangt.

Bedrohliche Zuspitzung in Nordchina

Seltige Kämpfe vor den Toren Beipings

Die letzten aus dem Fernen Osten vorstossenden Nachrichten zeigen, daß beide Parteien entschlossen sind, unter keinen Umständen nachzugeben. Der Geschäftsträger der chinesischen Botschaft in Tokio überreichte einen formalen Protest der Mantschu-Kriegsarmee. Er verlangte die Zurückziehung der Truppen aus der Umgebung von Louisaow, wo die letzten Kämpfe stattgefunden haben, und die sofortige Abklopfung der japanischen Verstärkung der japanischen Nordchina-Garnison. Der japanische Botschaftsminister lehnte jedoch die Entzerrung des Protestes ab und stellte die Gegenforderung, daß China umgehend die mit Japan getroffenen Vereinbarungen einhalte. Die Entsendung der Truppen nach Nordchina sei gegen die aggressive Haltung der chinesischen Truppen gerichtet, und die Beilegung des Konfliktes hänge allein von der Haltung Chinas ab.

Eine vom japanischen Ministerpräsidenten einberufene Versammlung der parlamentarischen Ministerräte und Berater beschloß, das gesamte Volk für die Durchführung der von der Regierung in Nordchina eingeschlagenen Haltung zu gewinnen und alle Vorbereitungen für den Ernstfall zu treffen. Im ganzen Lande finden Versammlungen statt, in denen durchweg Entschlossenheiten zugunsten der gegenwärtigen Politik in China angenommen werden. Nachdem die Regierung sogar die volle Unterstützung der Sozialen Massenpartei ausgedrückt erhielt,

tann sie bei der Durchführung ihrer Nordchina-Politik mit einer geschlossenen Einheitsfront aller Volksteile rechnen. Neutrale Beobachter in Beiping glauben, nachdem sich der Konflikt geradezu sündlich verschärft, daß man vor sehr ersten Ereignissen stehe. In der Nacht zum Mittwoch vernahm man wieder heftigen Geschützlärm aus der Gegend von Nanjwan. Japanische Flugzeuge haben den Flugplatz von Nanjwan, der 12 Kilometer südlich von Beiping liegt, mit Bomben belegt. Die Infanteriekämpfe toben gegenwärtig unmittelbar vor den südlichen Stadtmauern Beipings, das schon blickt von den Japanern eingeschlossen sein soll. Vor den plägenden Granaten, die schon im Weichbild der Stadt einschlagen, flüchtet die Bevölkerung in die Keller.

Ununterbrochen rollen von beiden Seiten Truppentransporte in das umkämpfte Gebiet. Wie es heißt, sollen die Japaner in dem Raum zwischen Beiping und Tientsin ungefähr 15 000 Mann Truppen aller Waffengattungen zusammenziehen.

Die Mantschu-Regierung hat an den Befehlshaber der chinesischen Truppen in Nordchina die Befehle ergeben lassen, keinen Zoll Boden den Japanern freiwillig abzutreten, noch die chinesische Nation durch Abschluß eines ungünstigen Uebereinkommens zu demütigen.

Es wird, wie es der Präsident der Reichskammer der bildenden Künste, Professor Adolf Ziegler, ausdrückt, „richtungsweisend“ sein und „Borbild“ für all die, die sich bisher von falschen Auffassungen noch nicht befreien konnten. Der schaffende Künstler unserer Zeit lebt nicht mehr isoliert in einem Bunkerschloß des Reiches der Kunst. Er lebt mitten in seinem Volk, von dem er ein Teil ist, aus dem heraus und für das er schafft. Es war der Nationalsozialismus, der ihn aus seiner Isoliertheit, aus einer teils freiwilligen, teils erzwungenen Isoliertheit erlöst hat. Der Nationalsozialismus gibt dem deutschen Künstler die Möglichkeit des Schaffens ebenso wie die Grundlage des Schaffens. Mit der Ehrfurcht vor dem wertvollen Alten verlangt er den Mut zu schöpferischem Neuen. So wird das neue Haus der Deutschen Kunst in München, das den alten Glaspalast ersetzt, fast zu einem Symbol. Der „Tag der Deutschen Kunst“ in München 1937 ist ein neuer Anfang. Es wird Aufgabe der kommenden Zeit sein, die Idee unserer Zeit auch in der Kunst zur lebendigen Wirklichkeit zu machen.

Verhandlungen über Oberschlesien

Deutsch-polnische Vereinbarungen.

Wegen des mit dem 14. Juli erfolgenden Ablaufs der 15jährigen Uebergangsfrist des Genfer Abkommens über Oberschlesien sind seit einiger Zeit Verhandlungen mit der polnischen Regierung gepflogen worden. Das Ziel dieser Verhandlungen war zunächst eine Regelung der wirtschaftlich-technischen Fragen des Abkommens. Diese Verhandlungen sind am 14. Juli zu einem gewissen Abschluß gebracht worden.

Es handelte sich hauptsächlich um die Geltungsdauer für die bereits getroffene zukünftige Regelung des Grenzverkehrs, die vereinbarungsgemäß bis zum 30. Juni 1938 Gültigkeit haben wird. Soweit erforderlich, werden die für den Publikumsverkehr hauptsächlich in Frage kommenden Grenzstellen auch nachts geöffnet bleiben. Von deutscher Seite ist der Grenzbezirk im deutschen Teil des früheren ober-schlesischen Abstammungsgebietes von 10 auf 15 Kilometer ausgedehnt worden.

Die bisher tätig gewesene Gemischte Kommission unter Vorsitz des schweizerischen Altkanzlers Felix Calonder stellt mit dem 14. Juli ihre Arbeit ein. Dagegen wird das unter Vorsitz des belgischen Professors Georges Raedenbeed arbeitende Schiedsgericht für Oberschlesien die bei ihm anhängigen Fälle nach einem vereinfachten Verfahren noch zur Entscheidung bringen.

Im Interesse der ober-schlesischen Wirtschaft ist beachtlich, dem deutsch-polnischen Warenverkehr über die ober-schlesische Grenze auch in Zukunft gewisse Förderung zu gewähren. Die Verhandlungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen.

Wegen des weiteren Aufenthalts der Öplanten und des zukünftigen Schutzes der beim Uebergang der Staatshoheit vorhanden gewordenen Rechte aller Art konnte eine Einigung in der auseinandergehenden Rechtsauffassung beider Staaten nicht erzielt werden.

Die amtliche Mitteilung über das Ergebnis der deutsch-polnischen Besprechungen im Zusammenhang mit dem Ablauf gewisser bestimmter Bestimmungen des Genfer Oberschlesien-Abkommens läßt erkennen, daß es leider nicht gelungen ist, die polnischen Vertreter zu einer weitberzigen Auslegung dieser Bestimmungen zu veranlassen. Grundsätzlich muß der irriren Auffassung entsagendetre-

ten werden, als ob das Genfer Oberschlesien-Abkommen überhaupt abgelaufen sei. Das ist nicht der Fall, soweit die darin festgelegten Bestimmungen unberührt sind. Auf polnischer Seite hat man allerdings versucht, das gesamte Genfer Abkommen als abgelaufen hinzustellen. Aus dieser Auffassung ergibt sich in erster Linie wohl auch die polnische Einstellung, eine Reihe von in dem Oberschlesien-Abkommen behandelten Fragen negativ zu behandeln. So ist es z. B. nicht gelungen, von den Polen die Forderung des weiteren Verbleibens der deutschen Öplanten in Oberschlesien zu erreichen. Es ist deshalb leider damit zu rechnen, daß etwa 1500 deutsche Öplanten in Oberschlesien werden verlaßten müssen, während dadurch die polnischen Öplanten, deren Zahl polnischerseits auf 700 geschätzt wird, demgemäß Deutschland werden verlaßten müssen. Auch in der Frage des Öplantenschutzes waren die Polen nicht zur Aufgabe ihrer festgelegten Haltung zu veranlassen. Diese Frage hat große Bedeutung vor allem für die Grundbesitzer in den polnischen Grenzgebieten, weil erwartet werden muß, daß Polen seine Einreisungsgeetze hier rücksichtslos in Anwendung bringen. Von grundsätzlicher Bedeutung ist auch die Auffassung der polnischen Regierung, das mit dem Aufbruch des Kontrollrechts des Völkerbundes gegenüber den Minderheiten Polen frei von jeglicher Verpflichtung den Minderheitsgruppen gegenüber sei. Hier unterscheidet sich die polnische Auffassung grundsätzlich von der deutschen, die die Staatenvölker nicht freisprechen kann von ihren Verpflichtungen, die sie nach den Grundsätzen des Völkerrechts aus ihren Minderheiten gegenüber haben. Im allgemeinen wird man jedenfalls feststellen müssen, daß die polnische Haltung in all diesen Fragen schwer zu vereinbaren ist mit den Gesichtspunkten, die für den Abschluß des deutsch-polnischen Grenzvertragsabkommens maßgebend waren.

Blutrausch ohne Ende

61 Todesurteile im Fernen Osten.

Wie die Chabarowsker Zeitung „Tschoukankajia Swjesda“ berichtet, fand in der Stadt Swobodnoje (im sowjetrussischen Fernostgebiet) vor einem Sondergericht des Obersten Militärgerichtshofes der Sowjetunion ein neuer sensationeller Hochverratsprozeß statt, auf dem nicht weniger als 61 Angeklagte zum Tode verurteilt worden sind.

Die Verurteilten, die wiederum sämtlich Angehörte der Eisenbahnlinien des Fernen Ostens sind, hätten systematisch Spionagetätigkeit betrieben, gegen die Spitzen des Sowjetstaates eine Reihe von terroristischen Akten vorbereitet, Eisenbahnkatastrophen mit zahlreichen Opfern „organisiert“, Schabladungs- und Sabotageakte zum Zwecke der Untergrabung der Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion ausgeführt, in der Absicht, eine ausländische Macht, bei deren Ueberfall auf die Sowjetunion zu unterstützen, insbesondere durch Zerstörung der Eisenbahnlinien, durch Explosionen und Brandstiftungen sowie durch Vergiftung der Wasserleitungen.

Das Urteil über die 61 Angeklagten, so heißt es in der Meldung der gleichen Zeitung weiter, sei bereits vollstreckt worden. Damit erhöht sich die Zahl der innerhalb der letzten Wochen nach den Angaben desselben Blattes — allein im fernöstlichen Sowjetgebiet und ausschließlich unter den Funktionären der dortigen Eisenbahnlinien — hingerichteten auf zweihundertdreizehn.

Ein Instrument des Friedens

Die Bedeutung des deutsch-französischen Handelsabkommens.

Mit dem 1. August wird das Gesicht des deutsch-französischen Handelsverhältnisses eine Umgestaltung erfahren. Der in diesen Tagen unterzeichnete deutsch-französische Handelsvertrag, der dem zweijährigen Vertragsstadium den Abschluss geben wird, ist ein Instrument des Friedens, das die beiden Länder in die gleiche Lage bringt. Es ist ein Instrument des Friedens, das die beiden Länder in die gleiche Lage bringt. Es ist ein Instrument des Friedens, das die beiden Länder in die gleiche Lage bringt.

Das nunmehr zustande gekommene deutsch-französische Handelsabkommen ist ein Beweis, daß auf beiden Seiten der Mühe zu einer wirtschaftlichen Verständigung sehr groß gewesen ist.

Wenn auch die wirtschaftliche Struktur der beiden Länder teilweise recht verschieden und deshalb leicht gegeneinander ungleich ist, so gibt es doch bedeutende Wirtschaftskategorien, deren konvergierende Interessen schwer auf einen Reimer zu bringen sind. Man braucht nur an die Fertigung von Eisen und Stahl zu denken. Aber alle diese Schwierigkeiten sind überwunden worden, und wir stehen vor der beiden Länder zu den wichtigsten Tatsachen, daß zwei große Staaten mit einer langen gemeinsamen Grenze nach einem zweijährigen Vertragsstadium zu einem harmonischen wirtschaftlichen Abkommen gelangt sind.

Französisches Erz gegen deutschen Koks

Ein Kernstück des neuen Handelsvertrages ist der Austausch von französischem Erz gegen deutschen Koks. Hier gibt der eine dem anderen, was ihm fehlt. Frankreich hat verhältnismäßig wenig Koks und Erz, dafür aber sehr viel Erz, so daß ein wirtschaftliches Tauschgeschäft mit Deutschland Frankreich eine große Sorge abnimmt. Beim Erz handelt es sich um die marokkanische Erz- und die lothringische Minette, von denen Deutschland 1936 etwa 5,6 Millionen Tonnen bezogen hat. Diese Menge wird sich in Zukunft auf jährlich 7,2 Millionen Tonnen stellen, wofür Deutschland monatlich 275.000 Tonnen Koks liefern wird. Der Wert der Erzbezüge stellt sich auf 35 bis 40 Millionen Mark; der jährliche Wert der Kokslieferungen kommt auf etwa 40 Mill. Mark heran. Die gegenseitigen Bezüge gleichen sich also wertmäßig ungefähr aus, und das würde auch bei eventuellen Preissteigerungen der Fall sein. Von den Erzbezügen wird nur ein kleiner Prozentsatz in Devisen gezahlt.

Statt Verrechnung Bardevisen

Eine weitere erfreuliche Tatsache ist, daß an Stelle der bisherigen Verrechnungsabkommen, die auf beiden Seiten wenig Freude gemacht haben, wieder Bezüge in Bardevisen tritt, eine Tendenz, die sich unter Umständen auch in anderen Fällen wieder durchsetzen kann. Zu Zukunft zählt der deutsche Bezüger französische Waren wieder in französischen Francs und der französische Käufer deutscher Erzeugnisse in Reichsmark. Für einen entsprechenden Anfall in Bardevisen für Deutschland ist Sorge getragen.

Man kann erwarten, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich durch das neue Abkommen wieder intensiver werden, nachdem das gesamte Handelsvolumen von Jahr zu Jahr erheblich zurückgegangen war. Die deutsche Ausfuhr nach Frankreich, die vor dem Kriege 790 Millionen Mark betragen, 1929 sogar 934 Millionen Mark ausgemacht hatte, ging 1932 auf 482 Millionen Mark und 1936 auf 254 Millionen Mark zurück. Gleichzeitig verminderte sich auch die deutsche Einfuhr aus Frankreich, die 1919 583 Millionen Mark und 1929 642 Millionen Mark betragen hatte, auf 190 Millionen Mark 1932 und auf 99 Millionen Mark im Jahre 1936. Nach den Außenhandels-ergebnissen der ersten fünf Monate zu urteilen, wird Deutschlands Ausfuhr nach Frankreich in diesem Jahr gegen 400 Millionen Mark ausmachen. Allerdings läßt sich diese Bitter im Augenblick nicht genau festlegen, umso weniger, als die Francunsicherheit eine große Rolle spielen wird. Um diese Ungewissheitselemente von vornherein aus dem Betrachtswert auszuschneiden, ist entgegen dem sonstigen Brauch als Basis des Vertrages nicht die wertmäßige, sondern die mengenmäßige Verrechnungsförmel genommen worden. Es heißt also, Deutschland darf soundsoviel Waren dem Gewicht nach nach Frankreich ausführen; wofürgeben die Wertangaben wegfällt. Jedenfalls steht außer Zweifel, daß das neue Abkommen schon in Kürze eine Erhöhung dieser Werte bewirken wird, obwohl natürlich immerhin die Gefahr gegeben ist, daß Frankreich schon aus Geldbedarfsgründen da und dort schützenden Beschränkungen nachgeben muß. Aber die vorgesehenen Regierungsausschüsse werden hoffentlich rechtzeitig etwaigen Verstärkungen entgegenwirken.

Gegenseitige Fertigwaren-Zugeständnisse

Die Abmachungen sehen weiter vor, daß ein bestimmter Teil französischer Erzeugnisse wieder nach Deutschland hereinimportiert, und zwar soll ein Viertel der deutschen Zahlungen für Wein und Fertigwaren verwendet werden. Außerdem hat Deutschland für Champagner und Wein Zollermäßigungen zugestehen müssen. Auch für französische Fasern sind Abfederleistungen zugestanden worden. Die Gelegenheit für die Franzosen besteht darin, daß sie den deutschen Ausfuhrinteressen durch Wiedereinführung aufgehobener gewisser Kontingente und Bewilligungen neuer entgegenkommen (Metalle, Maschinen, chemische Erzeugnisse). Daß Frankreich bisher schon ein wichtiger Rohstofflieferant war, ist bekannt. Das neue Vertragswerk hat die Beziehungen Deutschlands zu den französischen Kolonien auf der Grundlage der Meistbegünstigung geregelt.

Das neue Handelsabkommen wird die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten erheblich verbessern, um so mehr, als die Entwicklung des Außenhandels zwischen den beiden Ländern schon während der Zeit der Handelsvertragsverhandlungen eine über Erwarten stark aufsteigende Entwicklung genommen hat. Frankreichs Industrie steht zur Zeit im Zeichen einer weitgehenden Rationalisierung (schon im Zusammenhang mit der genehmigten 40-Stunden-Woche), die die Verwendung von Maschinen in härteren Maße notwendig macht, die Frankreich in entsprechender Güte und schnell eigentlich nur aus Deutschland bekommen kann. Alles in allem aber darf gehofft werden, daß dieses „Instrument des Friedens“ gebührend ausgenutzt wird.

Dollar bezwingt Fairneß

Nach Fairneß vor Schmeling.

Vom Londoner Obergericht wurde das Verbot des englischen Vornamens Fairneß durch den deutschen Schlichtermeister Tommy Fair durch gerichtliche Verfügung daran zu hindern, vor seinem verurteilten Kampf mit Schmeling öffentlich zu treten, nach längerer Verhandlung aus formaljuristischen Gründen abgewiesen. Fair kann also seinen Plan verwirklichen, am 14. Juli nach New York zu reisen und dort gegen den amerikanischen Meister, den von Max Schmeling schwer zusammengeknallenen und durch f.o. besiegten „Weltmeister“ Louis, zu kämpfen.

Der Grund für den Gerichtsentscheid dürfte darin zu suchen sein, daß der Vorvertrag zwischen Fair und Schmeling anscheinend nicht die Klausel enthält, die dem britischen Meister ausdrücklich verbietet, vor seinem Kampf mit Schmeling einen anderen Gegner anzunehmen. Soweit man in deutschen Vorkampfreisen unterrichtet ist, hat Tommy Fair, der Fair zu seinem schnellen Entkommen durch Verpfändung der ersten Gegner für ihn verfaßt, den Kaiser bis Ende September „unter Vertrag“, d. h. ohne die Einwilligung Louis Fair nicht kämpfen! Es erübrigt sich also, wenn Fair ein amerikanischer Sportmann wäre, dem Verträge etwas gelten, bei der Abschlussschlichtung des Schmeling-Fair-Kampfes noch etwas die Abschlussschlichtung, daß der Wille in der Zwischenzeit nicht öffentlich boren dürfte. Fair lockt das von Max Jacobs geborene Geld. Er weiß, daß er einen Vertragsbruch begeht, wenn er gegen Louis und nicht gegen Schmeling tritt. Doch das berührt ihn wenig; genau wie wenige Wochen vor ihm Jimmy Braddock, als ihm der Dollar mehr als das gerade in Großbritannien immer wieder gebotene „fair play“, die ungeschriebenen Gesetze des Sports Fair ist also mit dem amerikanischen Reizling Jimmy Braddock auf eine Stufe zu stellen! Ob es nun wirklich in einem Kampf Fair-Louis, der in Europa keinesfalls als Weltmeister anerkannt wird, kommt, hängt davon ab, wie die englischen Gerichte urteilen, wenn Tommy Fair wegen Nichtbeachtung eines abgeschlossenen Vertrages offiziell verurteilt wird. Schmeling aber, der Dupende Angebot von amerikanischen Veranstalter, gegen Louis im September um die Weltmeisterschaft zu kämpfen, abgelehnt hat, weil er sich an seinen bereits mit Fair abgeschlossenen Vertrag gebunden sah, wird in seinem Auf das Verhalten Fair nur betrüffend, denn schließlich geht ja auch der Preis nur aus einem Grunde von seinem Verträge ab, — aus Angst vor der Niederlage!

Frankreich hat seinen Willen durchgesetzt

Internationale Kontrolle aufgehoben.

Entsprechend der Note, die der französische Volschaffer in London dem Vorsitzenden des Nichteinmischungs-Ausschusses überreicht hat, ist die internationale Kontrolle an der spanisch-französischen Grenze am Dienstagmittag suspendiert worden.

Die ausländischen Kontrollen haben sich auf Anweisung von Oberst Rann nach Perpignan begeben, wo sie neue Anweisungen abwarten werden. Ihre Kontrolle ist aufgehoben, aber die Nichteinmischungsverpflichtungen, die Frankreich übernommen hat, werden geachtet, und die Überwachung der Grenze bleibt, wie es heißt, dieselbe. Die ausländischen Kontrollen brauchen sich jedoch nicht mehr vergewissern, daß alle Maßnahmen zum Zweck einer wirksamen Kontrolle getroffen sind.

Kommunistisches Lob für Pacelli

Volks hymnen für den päpstlichen Legaten.

Das Zentralorgan der französischen Kommunisten, die „Humanité“, benutzt die Ausführungen des Kardinalstaatssekretärs Pacelli bei der feierlichen Weihe in Lüttich zu einem Leitartikel, der allgemeine Verwunderung erregt hat. Der Chefredakteur Peri sieht sich in höchst eigener Person bemüht, die Wichtigkeit des Besuches des päpstlichen Legaten in Frankreich zu unterstreichen. Er hebt insbesondere hervor, daß der Besuch des päpstlichen Legaten schon unter dem Vorkriegsregime Blum beschlossen worden sei.

Das Kommunistenblatt hebt weiter hervor, daß Pacelli betont habe, der Papst wäre selbst nach Paris gekommen, falls seine Gesundheit ihm das gestattet haben würde. Es sei ein großes Ereignis, daß der päpstliche Legat gerade in dieser Stunde Frankreich und seiner Vorkriegsregierung seinen Gruß überbrachte. Der Besuch stelle auch eine Art Warnung an die französischen Katholiken dar, sich auf die Seite des Faschismus zu stellen.

Das Blatt fügt sich dann weiter bemüht, auf den Artikel 124 der Sowjetverfassung hinzuweisen, der allen Bürgern alle Freiheit des Glaubens gebe. Es verschweigt allerdings, daß in Sowjetrußland Kirche und Christentum mit Stumpf und Stiel in der gleichen Form ausgerottet worden sind, wie das heute in Spanien geschieht. Die plumpdeutsche Art und Weise, in der das Kommunistenblatt für Vatikan und Kirche eintritt, hat allgemein Aufsehen erregt. Es kommt hinzu, daß die gleiche Zeitung bei jeder Gelegenheit den spanischen Volschweiften Beifall erteilt hat, die Tausende von Kirchen verbrannt, Tausende von Nonnen geschändet, neun Erzbischöfe auf den Scheiterhaufen gestellt und Tausende von Priestern unter grausamsten Umständen umgebracht haben.

Wenn wir in Deutschland nicht aus eigener Erfahrung wüßten, daß in der Zeit der Kommunisten nichts unversucht läßt, um die katholische Kirche für seine völlerwerbenden Ziele einzuspannen, müßte man den Lobgesang des französischen Kommunistenblattes auf den hohen kirchlichen Würdenträger als bisigen Hohn auffassen. Derselben roten Verbrecher, die das Büten des Volksweltwits in Sowjetrußland und jetzt in Spanien gegen die katholischen Priester und Nonnen mit einem Freudengetöse begleitet, die sich am Flammenchein der brennenden Kirchen und Klöster betäufeln, feiern jetzt den Abgang des Papstes in höchsten Tönen und glauben, mit diesem Bebauern ihren Lesern versichern zu dürfen, daß das Oberhaupt der katholischen Kirche sogar höchstpersönlich nach Frankreich gekommen wäre, um die bösen Vorkriegsgegner zur Naht zu bringen, wenn es der Gesundheitszustand des Papstes zugelassen hätte. Wir sind uns keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß das Pariser Kommunistenblatt gar nichts dabei gefunden hätte, wenn beispielsweise derselbe hohe kirchliche Würdenträger, den es jetzt lobpreist, in Spanien den roten Morbarden zum Opfer gefallen wäre. Wir wollen auch nicht glauben, daß man im Vatikan etwa mit Genugtuung die bolschewistische Hyäne aufnimmt, und sind gespannt, was man zu der Behauptung von der vertriebenen Glaubensfreiheit im roten Sowjetparadies zu sagen hat. Die in bezauberlicher Verformung der Notwendigkeiten vom katholischen Kirchenregiment gegenwärtig verfolgte negative Politik gerade gegenüber den Staaten, die Liebe und Glorie. Auch und Ordnung auf ihr Banner ae-

schrieben haben, kann schließlich nicht so weit gehen, man den Teufel zum Bundesgenossen nimmt. Aber Ego, das wir aus dem Vatikan erziehen, werden wahrhaft gläubigen Katholiken erweisen können, wie tatsächlich die vatikanische Diplomatie in den von seinen Ausweg nicht zu finden vermag, oder ob es einem entscheidenden Schritt ihre Unabhängigkeit bezeugen.

Vor allem Unfallverhütung

Betrunkene Verkehrsteilnehmer werden namentlich angeprangert.

Durch den eindringlichen Warnungsberuf des Polizeirefers SS und Chefs der Deutschen Polizei des Reichs ist die Polizei angewiesen worden, entsprechend den vollen Auswirkungen mibträchtlichen Alkoholgebrauches Straßenzugverkehr zu verhindern und die Verhütung von Verkehrsunfällen zu betonen. Die sehr die Maßnahmen der Deutschen Polizei von allen Verantwortungsbereichen der Verkehrsteilnehmer verstanden und befragt wird, daß die Bevölkerung auf Verhütung von Verkehrsunfällen hingewiesen ist und um Verhütung von Verkehrsunfällen hingewiesen ist. Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei ist in seinem verordnungsähnlichen Befehl gegangen und hat aus seiner ersten Maßnahme die Befolgung geordnet.

Geordnet ordnet der Reichsführer SS, in einem Rundschreiben einheitlich für das ganze Reich an, daß die Polizei bei den Befragungen der amtlichen Ermittlungen über Verkehrsunfälle an die Tagespresse den vollen Vor- und Namen sowie die Wohnung des Schuldigen, gleichgültig ob sich um einen Fahrgastführer oder einen Fußgänger handelt, in allen Fällen anzugeben haben, bei denen nachweislich ein mäßiger Alkoholgebrauch zum Verkehrsunfall geführt hat.

Ausgenommen bleiben Fälle, bei denen ganz besondere gelagerte Umstände eine Ausnahme notwendig machen, oder die Vernehmung wichtiger volkswirtschaftlicher Bedenken dem Gewissen hat, an den Franzosen gestellt wird, soll auch dem Verbrecher im Verkehr verfahren werden, der die Befehle der Verkehrsgemeinschaft hinwiegelt, wird in der Zukunft namentlich angeprangert werden, und er wird unter an der gerichtlichen Verurteilung auch alle anderen Folgen seines verantwortungslosen Verhaltens zu tragen haben.

Skandal in Luxemburg

Plumpe Dokumentenfälschung aufgedeckt.

In der vergangenen Woche hatte die luxemburgische Monatschrift „Nouvelle Presse“ Dokumente veröffentlicht, die beweisen sollten, daß die deutsche Kolonie in Luxemburg eine verkappte Besatzung und Spionageagentur sei, die aus einem Geheimfonds u. a. an den belgischen Vertriebsführer Leon Degrelle 300.000 Franken ausbezahlt worden hätte. Die deutsche Gesandtschaft hatte die so veröffentlichten Dokumente sofort als plumpe Fälschungen bezeichnet.

Auf Veranlassung der luxemburgischen Regierung eröffnete die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung, die nun zu einem sensationellen Ergebnis geführt hat. Gewissermaßen aus der Umgebung von Luxemburg wurde unter der Beschuldigung verhaftet, die betreffenden Dokumente hergestellt zu haben. Luxemburg dürfte infolgedessen einem aufsehenerregenden politischen Schritt entgegenstehen.

Regelklub „Alle neun“ Spangenberg

Am Sonntag, den 18. Juli 1937, von vorm. 10 Uhr ab im Schützenhaus

großes Preisfesteln

Wertvolle Preise

Von nachmittags 4 Uhr ab

öffentliche Tanzmusik

Es ladet freundlich ein

Der Vereinsführer

Die neue Gewerbesteuer

Grundsteuer

Gebäudeeinkommensteuer

ist enthalten in dem neuen Buch

Realsteuerreform

Gesetzestext, Einführungen und Erläuterungen von Fritz Reinhardt, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, unter Mitwirkung der Sachbearbeiter im Reichsfinanzministerium

Kart. RM 4.80, geb. RM 6.-

Jeder Gewerbetreibende, jeder Landwirt, jeder Grundbesitzer wird von den neuen Gesetzen berührt und muß sich daher genau mit ihnen vertraut machen

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder vom

Industrie-Verlag Spaeth & Linde, Berlin W 35

Woyrichstraße 5

Auf meine Aufforderung, leerstehende Wohnungen zu melden, ging nur eine Anzeige ein. Ich bitte deshalb nochmals alle Hausbesitzer, die Wohnräume oder Wohnungen vermieten wollen, mir schnellstens Mitteilung zu machen.

Spangenberg, den 15. Juli 1937.

Der Bürgermeister: Jenner.